



*eine unabhängige Initiative für
Demokratie, Menschenrechte und Klimaschutz*

„IMPRESSIONEN“ aus der NÖ Landtagssitzung vom 25.9.2025



#zusammenHaltNÖ is watching you ...

unter diesem Motto nahmen auch diesmal wieder Beobachter*innen an der Landtagssitzung teil und erstellten den folgenden Bericht.

Die **#zusammenHaltNÖ**-Beobachter*innen kommen aus allen Teilen Niederösterreichs und vertreten unterschiedliche Vereine und Initiativen.

#zusammenHaltNÖ bemüht sich um Vernetzung, Austausch von Informationen und Erfahrungen, sowie um die Planung gemeinsamer Aktivitäten und Aktionen.

Wir kommentieren in diesen "IMPRESSIONEN" die gelb hinterlegten Tagesordnungspunkte/TO.

Inhaltsverzeichnis

Abstimmungsergebnis Landtagssitzung vom 25. 09.2025	3
Einleitung	4
Landtagssitzung vom 25. 09.2025: Einlauf - Hinweise auf Berichte, Anträge, Anfragen & Anfragebeantwortungen	5
TO-Punkt 5: Aktuelle Stunde betreffend Nein zu Ausbauplänen am AKW Dukovany – Ja zu nachhaltiger Energiezukunft in NÖ	6
TO-Punkt 6: Vorlage betreffend Gesetz über die spezialisierte mobile Hospiz- und Palliativversorgung in Niederösterreich	7
TO-Punkt 8: Bericht der Landesregierung betreffend Landesverwaltungs- gericht Niederösterreich, Tätigkeitsbericht 2024	8
TO-Punkt 9: Bericht der Volksanwaltschaft betreffend präventive Menschenrechtskontrolle 2024 sowie die Äußerung der NÖ Landes - regierung	9
TO-Punkt 10: Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Sozialbericht 2024	11
<u>TO-Punkt 11: Bericht der Landesregierung betreffend Grundversorgung – Jahresbericht 2024</u>	13
Was ist los in NÖ?	15

-Landtagssitzung 25. September 2025

Abstimmungsergebnis

TO	Thema	ÖVP	FPÖ	SPÖ	Grüne	NEOS
6	Vorlage der Landesregierung betreffend Gesetz über die spezialisierte mobile Hospiz- und Palliativversorgung in NÖ					
7	Vorlage der Landesregierung betreffend PBZ Gloggnitz, Sanierung der sanitären Druck- sowie Gussablaufleitungen inkl. Nassgruppen					
8	Bericht der Landesregierung betreffend Landesverwaltungsgericht Niederösterreich, Tätigkeitsbericht 2024					
9	Bericht der Volksanwaltschaft betreffend präventive Menschenrechts-kontrolle 2024 sowie die Äußerung der NÖ Landesregierung					
10	Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Sozialbericht 2024					
11	Bericht der Landesregierung betreffend Grundversorgung – Jahresbericht 2024					
12	Antrag betreffend Änderung der NÖ Landarbeiterkammer-Wahlordnung					

Einleitung

Auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode werden Mitglieder von **#zusammenHaltNÖ** unter dem Motto **#zHNÖ is watching you...** die nö. Landtagssitzungen beobachten und recherchieren, was sich politisch in unserem Bundesland tut.

Ab jetzt werden sich die von #zHNÖ erstellten „Impressionen“ allerdings etwas ändern. Bisher versuchten wir in unseren Berichten, die einzelnen Tagesordnungspunkte mit den jeweiligen Reden möglichst detailliert und objektiv zu dokumentieren, oft auch zu kommentieren und - falls notwendig - Faktenchecks hinzuzufügen.

Dies erschien uns sinnvoll, da die am jeweiligen Tag nach der Landtagssitzung erscheinende „NÖ Landeskorespondenz - *Landtag aktuell*“-Berichte oft sehr lückenhaft waren, v.a. was die Reden und Argumentation von Oppositionspolitiker*innen betraf.

Allerdings wird vom Landtag ca. vier Wochen nach jeder Landtagssitzung ein sogenannter „Sitzungsbericht“ publiziert und als Download zur Verfügung gestellt. Hier der 86-seitige **Sitzungsbericht vom 25.09.2025**. Diese Berichte enthalten ein komplettes Transkript der gesamten Sitzung. Die Transkripte der einzelnen Redebeiträge sind auch unter den jeweiligen Videos zu finden.

Daher werden wir in Hinkunft nur auf einige, unserer Meinung nach besonders wichtige Tagesordnungspunkte genauer eingehen, bei allen Tagesordnungspunkten aber auf die jeweiligen Seiten im Sitzungsbericht hinweisen und Links zu den Videos einfügen. Weiters werden wir auch in Zukunft, wo immer sinnvoll und notwendig, Faktenchecks, Zusatzinformation und Kommentare aus Sicht von #zusammenHaltNÖ beifügen.

In den Wochen zwischen Landtagssitzung und den „Impressionen“ wird es aber auf den #zusammenHaltNÖ-Social Media-Kanälen Facebook, Bluesky und Instagram einige kurze **#Landtagssplitter** zu Themen oder Reden geben, die besonders auffällig oder kontroversiell waren.

NEU: „Was ist los in NÖ?“

Unter dem Motto **„Was ist los in NÖ?“** werden in Zukunft die „Impressionen“ durch Hinweise auf interessante politische Ereignisse in Niederösterreich, die zwischen den Landtagssitzungen stattgefunden haben, ergänzt

Landtagssitzung vom 25. September 2025

Einlauf: Hinweise auf Berichte, Anträge, Anfragen & Anfragebeantwortungen

Sitzungsbericht der LT-Sitzung vom 25.09.2029

Gleich zu Beginn wurde der bereits tagelang in den Medien kolportierte Rücktritt von **Finanzlandesrat Ludwig Schleritzko/ÖVP**, der in die Privatwirtschaft wechselt, thematisiert. Als sein Nachfolger wurde **Anton Kasser/ÖVP** angelobt. Allerdings war es merkwürdig, dass der scheidende Landesrat nicht anwesend war und daher auch nicht, wie sonst üblich, verabschiedet wurde.

#zusammenHaltNÖ fragt sich, ob es vielleicht während der **Regierungsklausur am 17. September 2025** ärgere Probleme gegeben haben könnte, die zu diesem Rücktritt führten. Oder war es das aus dem Ruder gelaufene Landesbudget, das ein **neuerliches Nachtragsbudget** von insgesamt 575 Mio. € für 2025 und 2026 notwendig machte? Wir wissen es nicht und können nur rätseln.

Auch der ehemalige Landesgeschäftsführer der ÖVP NÖ, **Bernhard Ebner**, schied aus dem Landtag aus. Er wurde ab 1. September Prokurist der landeseigenen Wirtschaftsagentur ecoplus und legte ebenfalls sein Landtagsmandat zurück. **Laut ORF NÖ** sei die Stelle vakant gewesen und auf Vorschlag der **Geschäftsführung** - in Abstimmung mit dem Land NÖ als Eigentümer und dem Vorsitzenden des ecoplus-Aufsichtsrats Kurt Hackl (seit Mai 2025 Klubobmann der

ÖVP NÖ) – mit Ebner besetzt worden (siehe ORF NÖ-Bericht vom 20.08.2025 in der Zusatzinformation!).

Diese Ereignisse scheinen auch die Autor*innen von „*Landtag aktuell*“ so verwirrt zu haben, dass sie mit Datum 25.09.2025 eine **merkwürdige Doppelnummer** verfassten. Die ersten 27 Seiten bestanden aus der Wiederholung des Texts vom 03.07.2025, ab Seite 28 folgte dann der eigentliche Bericht der September-Landtagssitzung. Dies scheint aber bis 31.10. d. J. noch niemandem im Land NÖ aufgefallen zu sein.

Was **#zusammenHaltNÖ** bezüglich **Regierungsklausur** noch auffällt, ist die Tatsache, dass es sich offenbar nicht um eine Klausur aller Regierungsmitglieder handelte, sondern eigentlich um eine „Koalitionsklausur“ von VPNÖ und FPNÖ. Auf allen verfügbaren Fotos fehlen die beiden sozialdemokratischen Landesrät*innen Sven Hergovich und Eva Prischl. Wurden die beiden ausgesperrt? Oder gibt es andere Gründe für ihr Fehlen? Warum nennt man solche Zusammenkünfte aber dann irreführenderweise „Regierungsklausur“?

Zusatzinformation

[Landesregierung beschließt Nachtragsbudgets - noe.ORF.at](#) (14.10.2025)

[Ludwig Schleritzko wechselt zu Raiffeisen - noe.ORF.at](#) (22.09.2025)

[Mehrere Rücktritte - Neue Köpfe: Wer die NÖ-Landespolitik heuer schon verlassen hat - NÖN.at](#) (20.09.2025)

[Finanzlandesrat Schleritzko verlässt Landesregierung - noe.ORF.at](#) (18.09.2025)

[Ludwig Schleritzko verlässt nach acht Jahren Niederösterreichs Landesregierung - Österreich - derStandard.de › Österreich](#) (18.09.2025)

[Kasser soll nachfolgen - Paukenschlag: ÖVP-Landesrat Ludwig Schleritzko tritt zurück - NÖN.at](#) (18.09.2025)

[Schleritzko-Wechsel zu Raika – Polit-Hammer! ÖVP-Landesrat verlässt Regierung | Heute.at](#) (18.09.2025)

[SPÖ: Kritische Halbzeitbilanz über Schwarz-Blau - noe.ORF.at](#) (18.09.2025)

[Schleritzko \(ÖVP\) verlässt Landesregierung - Niederösterreich heute vom 18.09.2025 - ORF ON](#)

[Lukas Michlmayr folgt Bernhard Ebner im NÖ Landtag nach](#) (20.08.2025)

[Bernhard Ebner wechselt vom Landtag zu eco-plus - noe.ORF.at](#) (20. 08.2025)

[Polit-Rückzug: Prominenter Abgang bei der ÖVP Niederösterreich | Kurier <https://kurier.at/chronik/niederoesterreich/oevp-bernhard-ebner-rueckzug-politik-ecoplus-michlmayr/403075290>](#) (19.08.2025)

[Nachtragsvoranschlag „Hochwasser 2025“](#) (07.11.2024)

[Nachtragsvoranschlag 2024 des Landes NÖ](#)

Ausgewählte Tagesordnungspunkte

(in rot die jeweiligen Seiten im Sitzungsbericht)

TO-Punkt 5:

Aktuelle Stunde betreffend Nein zu Ausbauplänen am AKW Dukovany – Ja zu nachhaltiger Energiezukunft in NÖ

(Sitzungsbericht, S. 15-31)

Anlässlich der Vertragsunterzeichnung zwischen der Betreiberfirma des AKW

Dukovany und einer koreanischen Firma zur Errichtung zweier zusätzlicher Reaktorblöcke versucht jetzt das NÖ Landesparlament mit dieser Aktuellen Stunde gegen den weiteren Ausbau zu protestieren. Bereits am 16. August 2025 erklärte dazu **LHF Johanna Mikl-Leitner** in der KRONENZEITUNG, Europa begeben sich auf einen gefährlichen Weg, wenn Atomkraft als Zukunftstechnologie gefördert werde.

So bedeute für **Abg. Josef Edlinger/VP (S.15-18)** der Bau weiterer Reaktorblöcke ein zusätzliches Gefahrenrisiko in 30 km Entfernung zur österreichischen Grenze. Er spricht sich daher vehement für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energiegewinnung aus, denn für ihn sei Atomkraft eine Technologie der Vergangenheit mit enormen Kosten und Gefahren.

Auch **NEOS-Abgeordnete Indra Collini (S. 18-21)** plädiert für eine nachhaltige Energiezukunft in NÖ durch den weiteren Ausbau erneuerbarer Energieträger und tritt entschieden gegen die Ausbaupläne in Tschechien auf. Mit einem Appell an die Landeshauptfrau fordert die Abgeordnete billigeren Strom und kritisiert in diesem Zusammenhang die EVN, die Millionenbeträge ins Landesbudget überweise. Da alle Energiebetreiber miteinander verbunden sind, gebe es keinen gesunden Wettbewerb und hohe Preise seien ihrer Meinung nach eine logische Folge.

Abg. Georg Ecker/Grüne (S. 21-23) meint, Atomstrom müsse unwirtschaftlich werden und Wind- und Sonnenkraft sollten diesen aus den Netzen verdrängen. Für **Abg. Ecker** habe es NÖ in der Hand, auf Tschechien soweit einzuwirken und Überzeugungsarbeit zu leisten, dass sich die Atomstromproduktion nicht mehr lohne.

Auf dokumentierte Störfälle im nur 30 Km von der österr. Grenze entfernten AKW Dukovany und auf die Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima verweist [Abg. Kerstin Suchan-Mayr/SP](#) (S. 23–26).

Anlassgemäß adjustiert, mit einem Anti-Atom T-Shirt bekleidet, hält die Abgeordnete fest, dass eine Aktuelle Stunde allein ihrer Meinung nach weder Tschechien noch die EU umstimmen könne. Für einen tatsächlichen Stopp der Ausbaupläne bedürfe es einer Intervention auf höchster Ebene. Anstatt in veraltete, gefährliche Technologien zu investieren, befürworte sie mehr Energie-Effizienz und verlangt durch verstärkten Umstieg auf erneuerbare Energien eine spürbare Reduktion der Energiekosten zur Entlastung der Familien und zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts.

Den Interessen der Niederösterreicher*innen und den Intentionen der „Aktuellen Stunde“ steht nach Meinung des [FP-Abgeordneten Dieter Dorner](#) (S. 26–29) natürlich die von der EU beschlossene Taxonomie-Verordnung entgegen. Er kritisiert, dass dadurch die Atomkraft plötzlich ein „grünes Etikett“ erhalten habe. Für ihn sei Atomkraft in Wirklichkeit „Greenwashing mit EU-Siegel“. Aus den leidvollen Erfahrungen der Unfälle von Three Mile Island, Tschernobyl und Fukushima mit den verheerenden Folgen für Generationen, betonen die Freiheitlichen ein klares „Nein“ zu Atomkraft und zum AKW Dukovany.

Eine klare Absage an den Atomstrom verlange aber auch ein klares „Ja“ zu alternativer Stromerzeugung. [Abg. Matthias Zauner/VP](#) (S. 29–31) verweist diesbezüglich auf das in Begutachtung befindliche Elektrizitätswirtschaftsgesetz und

dessen Verbesserungen bei den Einspeisetarifen für Private. Für die Erreichung der Klimaziele, ergänzt [Abg. Zauner](#) lobend, sei NÖ mit einem Anteil von 50 % Strom aus Windrädern und 20 % Sonnenstrom bezogen auf ganz Österreich „Spitzenreiter“.

Zusatzinformation

[AKW Dukovany: Breite Polit-Front gegen Ausbaupläne - oe24.at](#) (26.09.2025)

[„Gefährlicher Irrweg“ - NÖ bekämpft AKW-Ausbau vor unserer Haustür | krone.at](#) (16.08.2025)

[Atomkraftwerk Dukovany: Tschechien unterzeichnet Vertrag mit KHNP - LandesEcho](#) (11.06.2025)

[Tschechisches AKW: Gericht stoppt Ausbaudeal - ooe.ORF.at](#) (OÖ ORF, 07.05.2025)

[Atomkraftwerk Dukovany - AKW-Ausbaupläne rufen Grüne auf den Plan: „Brauchen mehr Sonnenstrom“ - NÖN.at](#) (08.02.2024)

TO-Punkt 6:

Vorlage betreffend Gesetz über die spezialisierte mobile Hospiz- und Palliativversorgung in Niederösterreich

(Sitzungsbericht S. 31–36)

[Motivenbericht, Gesetzesentwurf, Synopse](#)

[Gesetzesbeschluss](#)

[Redebeiträge der Abgeordneten Kollermann/Neos, Moser/Grüne, Scheele/SP, Punz/FP](#) und [Schmidl/VP](#)

Antrag des Gesundheitsausschusses:
einstimmig angenommen.

TO-Punkt 8:

Bericht der Landesregierung betreffend Landesverwaltungsgericht Niederösterreich, Tätigkeitsbericht 2024

(Sitzungsbericht S. 39-45)

Tätigkeitsbericht 2024: LVWG Landesverwaltungsgericht NÖ

Nach der Berichterstattung durch **Abg. Hermann Hauer/VP** (S.39–40) eröffnet **Abg. Helmut Hofer-Gruber/Neos** (S. 40–41) die Debatte über das Landesverwaltungsgericht. Er weist darauf hin, dass es noch immer Schwachstellen gebe. Vielmehr habe sich die Situation bei Richter*innen und Sachverständigen weiter verschlimmert, was den ordentlichen Dienstbetrieb beeinträchtigt und sich seiner Meinung nach auch nachteilig auf den Wirtschaftsstandort auswirke.

Auch **Abg. Dominic Hörlezeder/Grüne** (S. 4 –43) stimmt die Bilanz nachdenklich, da 2024 die Zahl von 50 vorgesehenen Dienstposten auf 42,5 Vollzeitäquivalente sank. Dies bedeute ein Ausfall an richterlichen Kapazitäten von 15 %, was zu einer enormen Belastung für die Richter*innen führe und die durchschnittliche Verfahrensdauer in Administrativverfahren sei dadurch von sechs auf fast sieben Monate gestiegen. Für ihn dürfe die Justiz nicht zur Dauerbaustelle werden, sondern Raumnot, die dünne Personaldecke auch im Verwaltungsbereich und das weitgehende Fehlen moderner digitaler Infrastruktur müssten umgehend behoben werden.

In der weiteren Diskussion unterstreichen mehrere Abgeordnete die Notwendigkeit, strukturelle und technische Verbesserungen am

Landesverwaltungsgericht zügig voranzutreiben. Besonders hervorgehoben wird, dass die Digitalisierung der Abläufe nicht nur die Effizienz steigern, sondern auch die Arbeitsbelastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter reduzieren könnte. Einigkeit herrscht darüber, dass nachhaltige Investitionen in die Infrastruktur und Personalentwicklung wichtige Schritte zur Sicherstellung eines funktionierenden Justizsystems darstellen.

Auch **Abg. Michael Bierbach/SP** (S. 43–44) kritisiert die länger werdende Verfahrensdauer auf Grund des Personalmangels. Er sieht aber trotz der knappen Ressourcen und der gestiegenen Verfahrensdauer insgesamt eine erfolgreiche Bewältigung der gestellten Aufgaben durch das Landesverwaltungsgericht, weist jedoch ebenfalls auf dringend notwendige zentrale Zukunftsaufgaben hin.

Abg. Hubert Keyl/FP (S. 44) wirft einen Blick auf die Statistik und stellt fest, dass 60 % der 4.800 Verfahren die Bereiche Baurecht und Raumordnung betrafen. Der Abgeordnete sehe in der durchschnittlichen Verkürzung der Verfahrensdauer von neun auf sieben Monate ein positives Signal. Eine personelle Aufstockung sei für ihn kein Allheilmittel, er verlange eher eine Reduktion der überbordenden Verfahren und erwähnt hier besonders Verfahren im Verkehrsbereich.

Auch wenn er eine Evaluierung bestehender Regeln, im Hinblick auf ihre Praxistauglichkeit, und eine bessere Koordination der Sachverständigen empfehle, könne sich für **Abg. Franz Mold/VP** (S. 45-46) die Bilanz mit 95 % rechtskräftig

abgeschlossener Verfahren durchaus sehen lassen.

Antrag des Rechts- und Verfassungsausschusses: einstimmig angenommen

TO-Punkt 9:

Bericht der Volksanwaltschaft betreffend präventive Menschenrechtskontrolle 2024 sowie die Äußerung der NÖ Landesregierung

(Sitzungsbericht S. 46–56)

Bericht präventive Menschenrechtskontrolle; Äußerung der NÖ Landesregierung)

Worum geht es in diesem Bericht? Dazu aus dem Vorwort:

„Um den Schutz und die Förderung der Menschenrechte in Österreich sicherzustellen, kontrolliert der NPM/Nationale Präventionsmechanismus bundesweit Einrichtungen, in denen Menschen in ihrer Freiheit eingeschränkt werden oder eingeschränkt werden können. Dazu zählen Justizanstalten, Polizeieinrichtungen, aber auch Alten- und Pflegeheime, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und psychiatrische Einrichtungen. Darüber hinaus überprüft der NPM Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen und beobachtet Polizeieinsätze bei Großrazien, Großveranstaltungen, Versammlungen, Demonstrationen und Abschiebungen.“

Ziel sei es, Risikofaktoren für Menschenrechtsverletzungen frühzeitig zu erkennen und einzustellen. Es gebe deshalb unangekündigte Besuche des NPM in unterschiedlichsten Einrichtungen, bei denen die vorherrschenden Rahmenbedingungen überprüft würden. Im Jahr 2024 hätten österreichweit 458 solcher Kontrollen stattgefunden.

Nach dem Berichterstatter **Abg. Otto Auer/VP (S.46-47)** spricht als erste Rednerin **Abg. Edith Kollermann/Neos (S.47–48)**. Sie geht sowohl auf positive als auch negative Aspekte im Bericht NÖ betreffend ein. Positiv sei z.B. die gesetzliche Verankerung von Elternbegleitung in der Fremdunterbringung von Kindern oder die Etablierung von Demenz-Wohngemeinschaften und Verbesserung der Barrierefreiheit in nö. Einrichtungen. Was jedoch fast überall Probleme verursache, sei der dramatische Mangel an Fachpersonal. Den Personalmangel zu bekämpfen habe daher für ihre Fraktion Priorität.

Auch **Abg. Dominic Hörlezeder/Grüne (S.49–50)** sieht den Bericht kritisch und weist ebenfalls auf den eklatanten Personalmangel in zahlreichen kontrollierten Einrichtungen hin.

So würden z.B. in Alten- und Pflegeeinrichtungen Menschen bereits um 18 Uhr ins Bett gebracht, weil für eine Abendgestaltung das Personal fehle.

Auch in Einrichtungen, in denen Kinder und Jugendliche mit Traumata, psychiatrischen Diagnosen oder Suchtproblemen betreut würden, fehle qualifiziertes Personal und es gebe außerdem eine hohe Fluktuation. Dies wirke sich verheerend auf die Kinder und Jugendlichen aus, die Stabilität bräuchten.

Für die **SP** spricht **Abg. Doris Hahn (S. 50–53)**, geht auf inhaltliche Details des Berichts bzw. auf die Stellungnahme der Landesregierung ein.

Auch sie benennt den gravierenden Personalmangel als drängendstes Problem, das die Menschenrechte gefährde. Sie

verlangt dringend bessere Arbeitsbedingungen, sowie faire Entlohnung des Personals, um diese Berufe auch für junge Menschen attraktiver zu gestalten. Weiters brauche es vermehrt Plätze in Kinder- und Jugendeinrichtungen und bessere Vernetzung zwischen Behörden, Betreuungs- und Bildungseinrichtungen. Hier dürfe nicht gespart werden, fordert sie in Richtung des Finanzlandesrats.

Zur Stellungnahme der Landesregierung meint *Abg. Hahn*, sie zeige teilweise eine gewisse Verteidigungshaltung, doch die von der Volksanwaltschaft im Bericht aufgezeigten Verbesserungspotentiale seien als Auftrag zu verstehen. Denn Menschenrechte seien nicht verhandelbar und ein Land müsse daran gemessen werden, wie es mit den Schwächsten umgehe.

Anschließend ergreift *Abg. Christian Brenner/FP (S. 53–54)* das Wort. Er erwähnt, dass laut Bericht in NÖ mit fast 25 % die meisten Kontrollen durchgeführt worden seien und stellt fest, dass zum Unterschied der starken Medienpräsenz der „Regenbogen-Community“, der viel zu viel Aufmerksamkeit geschenkt würde, die allgemeinen Menschenrechte oft nur am Rande wahrgenommen würden. Daher fordert er mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung für Jugendliche, alte Menschen und Menschen mit Behinderung. Der Bericht der Volksanwaltschaft stelle der aktuellen Regierung trotz aufgezeigter Mängel ein gutes Zeugnis aus. Ausbildungsprogramme auch für ausländische Pflegekräfte seien ein gelungenes Beispiel für Zuwanderungskontrolle und Integration. Durch Förderung der Ausbildung könnten die

Zugewanderten sprachliche, kulturelle und berufliche Kompetenzen aufbauen, was später zur Patientensicherheit und zum Schutz der Gesellschaft beitrage.

Abschließend stellt *Abg. Richard Hogl/VP (S. 55–56)* fest, dass im Bericht auch durchaus positive Dinge festgehalten seien und geht vor allem auf die Situation in Krankenhäusern und psychiatrischen Stationen ein. Hier sei im letzten Jahr die Vollversorgung an allen psychiatrischen Abteilungen gewährleistet worden und es sei aus Personalmangel zu keinen Bettensperren gekommen.

Zum kritisierten Mangel an Unterbringungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen in sozial inklusiven Wohngemeinschaften hält der Abgeordnete fest, dass die Abteilung der Kinder- und Jugendhilfe zusätzliche Betreuungsstunden ermöglicht habe. Auch zwei weitere Kleinkindgruppen und weitere therapeutische und intensivpädagogische Kleingruppen seien eingerichtet worden. Auch außerklinische und mobile Betreuungsformen seien eingerichtet worden.

Abg. Hogl erwähnt abschließend mehrere positive Beispiele aus dem Bericht, wie das Entlassungsmanagement in einer Klinik, die ausführlichen Entwicklungsberichte in therapeutischen Wohngemeinschaft für Kinder oder die Krisenpläne in einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung.

Ausschussantrag des Rechts- und Verfassungsausschusses:
einstimmig angenommen

TO-Punkt 10:

Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Sozialbericht 2024

(Sitzungsbericht S. 57 – 69; NÖ Sozialbericht 2024)

Nach der Berichterstattung durch **Abg. Richard Hogl/VP (S. 57)** eröffnet **Abg. Edith Kollermann/Neos (S. 57–59)** den Reigen der Redner*innen. Sie anerkennt Verbesserungen, z.B. bei der erweiterten Förderung bei der 24-Stunden-Pflege oder für Personen der Pflegestufen 1 und 2 bei demenziellen Erkrankungen, die Schaffung zusätzlicher Übergangswohnungen im Bereich Gewaltschutz, die verstärkten Anstrengungen für die Unterstützung von Menschen mit Behinderung oder die gesicherte Finanzierung von Community Nurses bis Ende 2026 über den Pflegefonds.

Negativ ist aber auch im Sozialbericht Personalmangel vermerkt, was für das bestehende Personal eine massive Belastung durch Mehrdienstleistungen bedeute und tw. zu erhöhten Krankenständen führe. Unter Umständen verursache diese Situation auch Qualitätsprobleme und belaste das Budget, falls von den Einrichtungen teure Poolkräfte zugekauft werden müssen.

Abg. Silvia Moser/Grüne (S. 59–62) leitet ihre Rede mit ihrer Sicht der Sozialpolitik ein – aktive Gestaltung von Rahmenbedingungen, die ein gutes Leben für alle ermöglichen, von der frühkindlichen Förderung bis zur Absicherung im Alter – und dies v.a. in besonders schwierigen Zeiten.

Die Abgeordnete geht dann auf die Bereiche Pflege, Menschen mit Behinderung und Sozialhilfe ein. Sie erwähnt das Problem der Bettensperren in Pflegeheimen auf Grund des dortigen Personalmangels, sodass austherapierte Personen zu lange in Krankenhäusern verbleiben müssten. Dies sei bedingt durch die steigende Anzahl von Hochaltrigen und die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen des Pflegepersonals, die jahrelang vernachlässigt wurden.

Bis 2035 werde der Bedarf an Pflegeplätzen um 44 % steigen. Dafür genügend Pflegepersonal rekrutieren zu können, sei völlig unrealistisch. Schon jetzt würden 70 % der Pflegegeldbezieher*innen informell in den Familien betreut und dieser Anteil würde auf Grund des Mangels an Pflegepersonal steigen.

Weiters thematisiert **Abg. Moser** auch die viel zu geringe Anzahl von Tagesbetreuungsplätzen und das Fehlen neuer Projekte, wie z.B. Seniorenwohnen.

Schließlich geht die Abgeordnete noch auf das Thema „Menschen mit Behinderung“ ein. Es sei viel geschehen, aber es gebe noch immer Problembereiche, z.B. die mangelnde Barrierefreiheit bei Schulen und öffentlichen Gebäuden oder die restriktiven Zugangsbedingungen für persönliche Assistenz.

Was sie im Bereich Sozialhilfe kritisiert, ist das pauschale Bashing gegen Sozialhilfebezieher*innen, die oft als Arbeitsverweiger*innen diffamiert würden. Hier werde die Neiddebatte geschürt und ÖVP und FPÖ würden versuchen, einander zu übertreffen.

Auch [Abg. René Pfister/SP](#) (S. 62–64) geht auf die Themen seiner Vorrednerinnen ein, spricht aber dann auch Bereiche wie steigende Armutsgefährdung an. Davon seien besonders Alleinerzieher*innen, Mehrkeinfamilien oder Menschen mit Migrationshintergrund betroffen. Aufgabe der Politik sei die Armutsbekämpfung, die Schaffung der nötigen Rahmenbedingungen durch eine „armutsfeste Mindestsicherung“, durch Förderungen, durch Investitionen in Bildung und vor allem in die soziale Infrastruktur, Gewaltschutz und Inklusion.

14,3 % der Bevölkerung in NÖ sei armutsgefährdet, das unterste Einkommenszehntel habe weniger als 17.000 € jährlich zur Verfügung. Die Sozialdemokratie komme nicht nur mit Kritik, sondern auch mit Lösungsvorschlägen, von denen Abg. Pfister einige aufzählt.

[Abg. Edith Mühlberghuber/FP](#) (S. 64–65) beginnt ihre Rede mit den großen Herausforderungen, vor denen auch NÖ stehe. Aber es sei auch schon viel geschehen. So habe das Sozialbudget 2024 über 1,5 Milliarden € betragen, 200 Mio. € mehr als 2023. Davon würden 65 % in die Pflege und Heime bzw. Hilfe für Menschen mit Behinderung fließen. Für Pflege daheim konnten mit dem Pflegescheck über 26.000 Familien mit je 1.000 € unterstützt werden.

Weiters geht die Abgeordnete auf die Integration von Menschen mit Behinderung in Arbeitsmarkt und Gesellschaft ein, auf Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien in Krisenzentren, Pflegefamilien oder auch durch Prävention.

Als letzter Redner kommt [Abg. Anton Erber/VP](#) (S. 65–68) zu Wort und beginnt mit einem dicken Lob für das nö. Sozialsystem. Mehr als die Hälfte des nö. Budgets gehe in Gesundheit und Soziales. Gleichzeitig kritisiert er v.a. Abg. Moser, der er vorwirft, sie wolle nur noch mehr Geld in das Sozialsystem stecken. Auch die höhere Mindestsicherung in Wien erntet seine Kritik. Dies sei auch der Grund, weswegen viele Menschen nach Wien gingen. In NÖ würden Sozialhilfe (wird hier **nicht** Mindestsicherung genannt!) nur jene bekommen, die sie tatsächlich brauchen. Und er berichtet von Fällen massiven Sozialmissbrauchs in Wien. Und anschließend singt er – wie so oft – eine Lobeshymne auf all jene, die in der Früh aufstehen, arbeiten und das Sozialsystem finanzieren. Und er wiederholt ein weiteres Mal, dass nur 20 % der Menschen mehr in das Sozialsystem einzahlten, als sie herausbekämen – also Nettozahler seien –, während 80 % mehr herausbekämen, als sie einzahlten. Wörtlich sagt Abg. Erber (S. 68): „*Und ich sage das in aller Klarheit: Jeder, der glaubt, das Geld ist für ihn, ohne dass er Leistung erbringen will, obwohl er könnte, das ist kein Guter, sondern der ist in Wahrheit der Schädling [sic!!!] von denen, die es wirklich brauchen.*“ Und der Abgeordnete wirbt schließlich dafür, die Petition des NÖAAB gegen Sozialmissbrauch zu unterzeichnen.

[Ausschussantrag des Sozialausschusses](#): mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und NEOS angenommen.

TO-Punkt 11:

Bericht der Landesregierung betreffend Grundversorgung – Jahresbericht 2024

(Sitzungsbericht S. 69–80)

Nach der einleitenden Berichterstattung durch **Abg. Philipp Gerstenmayer/FP** (S. 69) zum Thema **JAHRESBERICHT 2024 über die Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde in Niederösterreich** betonte **Abg. Edith Kollermann/ Neos** (S. 69–70) den signifikanten Rückgang der Asylwerber*innen im Besonderen und der Grundversorgten insgesamt. Im Hinblick auf die Verteilungsquote verlangt die Abgeordnete ein transparentes, bundesweit abgestimmtes System für eine faire und ausgewogene Verteilung zwischen den Bundesländern. Hier gebe es noch Luft nach oben, denn Niederösterreich nehme seine Verantwortung nur halbherzig wahr und liege mit seiner Versorgungsquote von 77 % im Vergleich zu Wien mit 200,59 % nur im Mittelfeld.

Ein Schwerpunkt im vorliegenden Bericht sei für die Neos vor allem auch die sogenannte Sachleistungskarte. Diese erlaube zwar eine Umstellung der Bargeld- auf Sachleistung, zeige aber in der praktischen Anwendung gravierende Mängel: Sie funktioniere z.B. nicht in Sozialmärkten. *(siehe dazu Offenen Brief von #zusammenHaltNÖ an LR Luisser/FPNÖ)*

Abg. Silvia Moser/Grüne (S. 71–22) drückt ihren Ärger über den Grundversorgungsbericht aus, der von Jahr zu Jahr kürzer und inhaltsleerer werde. Sie bezeichnet die Sachleistungskarte „als

besonders unmenschliche Form der Unterdrückung“, kritisiert den Modus der täglich erfolgenden Aufladung mit nur 5,71 € und fordert die Möglichkeit einer wöchentlichen Behebung dieses Verpflegungsgeldes.

Die gesunkenen Zahlen bei Asylanträgen, Menschen in Grundversorgung und Menschen aus der Ukraine bedeuteten für Niederösterreich immerhin eine Reduktion der Kosten um 17 % gegenüber 2023.

Ohne Kommentar oder Anmerkungen zum Inhalt nimmt **Abg. Kathrin Schindele/SP** (S. 72) den Bericht für ihre Fraktion zur Kenntnis. Sie meint, ein Bericht sei eben ein Bericht, *„eine sachliche und objektive Zusammenstellung von vergangenen Ereignissen und Situationen, ohne dass darin eine eigene Meinung vorkommt. Und weil eben in solchen Berichten keine eigene Meinung vorkommt, liest ihn jeder und interpretiert dann für sich seine Meinung dazu bzw. liest den Bericht, wie er oder sie den auch lesen möchte“*.

Wie beim Asylthema bei FPÖ-Politikern üblich, ist die Rede von **Abg. Andreas Bors/FP** (S. 72–75) durchsetzt von Vorwürfen gegen Innenminister Karner, dem er die Schuld für hohe Asylzahlen im Jahr 2022 und danach gibt. Voll des Lobes ist er aber für den ehemaligen Innenminister **Herbert Kickl/FPÖ**, der nach Meinung von **Abg. Bors** die Asylzahlen 2018 und 2019 massiv gesenkt habe. Und natürlich darf auch Wien-Bashing nicht fehlen, ein Bundesland, das jahrelang die durch Schikanen aus NÖ vertriebenen Geflüchteten aufnahm und seine Quote mit über 200 % dadurch übererfüllte.

Bors geht dann noch auf die ukrainischen Vertriebenen ein, die 77 % der Grundversorgten in NÖ ausmachen. Er behauptet weiters, dass durch deren zahlreiche Auslandsreisen, für die sie sich von der Grundversorgung ab- und nach Rückkehr wieder anmelden müssen, die zuständigen Behörden stark belastet seien. Und einigen unterstellt er auch Sozialmissbrauch, durch Nichtabmeldung. Schließlich ergeht er sich in Lob für die NÖ-Sachleistungskarte, durch die Geldüberweisungen ins Ausland unterbunden seien.

Einen Seitenhieb auf Wien kann sich bei dieser Thematik [Abg. Christoph Kainz/VP \(S. 75–77\)](#) nicht verkneifen, wenn er feststellt, dass die Wiener Asylpolitik nicht der Erwartungshaltung der Österreicher*innen entspreche. Er betont, dass Asyl nur Aufenthalt auf Zeit für schutzbedürftige Personen bedeute. Weiters äußert sich der Abgeordnete lobend über die Sachleistungskarte als probates „Werkzeug“ und über den Abschluss von Rückführungsabkommen z.B. mit Syrien als weiteres wichtiges Instrument in der Asylpolitik.

Anmerkung von #zusammenHaltNÖ:
Nach Studium des „Grundversorgungsberichts 2024“ und seiner gesetzlichen Grundlagen entsteht der Eindruck, dass in all diesen Dokumenten hilfs- und schutzbedürftige, sowie „nicht abschiebbare Fremde“ (S.3 des Grundversorgungsberichts) als bloßer Kostenfaktor wahrgenommen und auch so benannt werden. Und man stellt im Bericht erfreut fest, dass sich die Kosten der Grundversorgung seit 2023 um 17,5 % verringert haben. Die Menschen dahinter, die bleiben im Verborgenen, in den 399

organisierten Unterkünften gleichmäßig übers Land verstreut, als anonyme Masse, die zu versorgen ist.

Im Bereich „Grundversorgung“ tat sich die Bezirkshauptmannschaft Amstetten eher unrühmlich hervor. Dort bekamen laut Aussage von [Abg. Dominic Hörlezeder/Grüne \(S. 78–80\)](#) ukrainische Vertriebene ein formloses Schreiben (keinen Bescheid!) von der BH Amstetten, mit der Forderung nach Rückzahlung bereits seit 2022 ausbezahlter Förderungen wie Heizkostenzuschuss, Schulstartgeld, Antiteuerungsabgeltungen, Klimabonus u.a. [Abg. Hörlezeder](#) bedauert, dass der dafür zuständige Landesrat [Antauer](#) nicht mehr anwesend sei, dass hier rechtswidrig gehandelt wurde und dies evtl. auf Anordnung von [LR Antauer](#) geschehen sei. Auch von der ÖVP hätte er sich eine Stellungnahme und von der Landeshauptfrau ein Machtwort in dieser Angelegenheit erwartet.

Antrag des Sozial-Ausschusses: Mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ angenommen.

Anmerkung von #zusammenHaltNÖ: In der [Beantwortung \(13.10. 2025\) der Anfrage](#) von [Abg. Hörlezeder](#) verweist die Landeshauptfrau am 13.10. 225 darauf hin, dass diese Angelegenheit nicht in ihre Zuständigkeit falle. [LR Antauer](#) betont in Punkt 7 seiner [Beantwortung \(13.10.2025\) der Anfrage](#), dass das [NÖ Grundversorgungsgesetz § 7 Abs. 3](#) einen „eigenen Einkommensbegriff“ habe.

Inzwischen hätten, lt. [Beantwortung](#) durch [LR Antauer](#), 51 UkrainerInnen die Rückzahlungsforderung erhalten und bei

44 Fällen würden die Rückzahlungen bereits eingehoben.

Zusatzinformation

[Gesamte Rechtsvorschrift für Grundversorgungsvereinbarung – Art. 15a B-VG \(Bund – Länder\), Fassung vom 28.10.2025](#)

[RIS - Grundversorgungsgesetz – Bund 2005 - Bundesrecht konsolidiert, Fassung vom 10.07.2021](#)

[RIS - NÖ Grundversorgungsgesetz - Landesrecht konsolidiert Niederösterreich, Fassung vom 17.03.2024](#)

[Nur in Amstetten - Ukrainer sollen Geld wieder zurückzahlen | krone.at \(10.09.2025\)](#)

[Summe um 1.223 € reduziert – Land fordert Kindergeld zurück – Frau hat gar keine | Heute.at \(09.09.2025\)](#)

[Brief von BH Amstetten - Scharfe Kritik: Ukraine-Flüchtlinge sollen Geld zurückzahlen - NÖN.at \(21.08.2025\)](#)

[Ukrainische Flüchtlinge müssen in Niederösterreich Geld zurückzahlen | Nachrichten.at \(21.08.2025\)](#)

[Niederösterreich fordert von geflüchteten Ukrainern Geld zurück | PULS 24 \(21.08.2025\)](#)



GEHÖRT GEHÖRT:

Nach den Rednern des **TO-Punkt 12 betreffend Änderung der NÖ Landarbeiterkammer-Wahlordnung (Sitzungsbericht S. 80–86)** ergreift **Abg. Helmut Hofer-Gruber/Neos (S. 83–85)** nochmals das Wort und verabschiedet sich mit einer eindrucksvollen Rede vom Landtag, den er mit dieser Sitzung verlässt.

Sein wacher, kritischer Geist, seine inhaltlich wohl vorbereiteten Redebeiträge und seine rhetorische Brillanz werden im nö. Landtag spürbar fehlen.

Was ist los in NÖ?

„Brösel“ bei der FPÖ NÖ?

Auf Anweisung der nö. FP-Landespartei wurden laut Medienberichten, darunter von **ORF NÖ**, der Neunkirchner FP-Vizebürgermeister Marcus Berlosnig und sechs FP-Gemeinderäte aus der Partei ausgeschlossen. Was war passiert? Sie hatten sich geweigert - auf Befehl der Landespartei - im Neunkirchner Gemeinderat gegen das Sparpaket zu stimmen. Dieses Budget hatten sie zuvor gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner VP ausgearbeitet.

[Blessuren in Blau: FPÖ-interne Drama wegen Sparpaket \(PROFIL, 27.10.2025\)](#)

[FPÖ-Fiasko in NÖ: Böser Brief an 1.200 Mandatäre im Land regt auf | Kurier \(23.10.2025\)](#)

[Neunkirchen: Vizebürgermeister will Verschwörungstheoretiker ausladen - Neunkirchen \(Mein Bezirk, 23.10.2025\)](#)

[Rebell wehrt sich - „Das Verhalten der FPÖ ist parteischädigend!“ | krone.at \(15.10.2025\)](#)

[Neunkirchen: FPÖ-Vizebürgermeister geht gegen den Parteiausschluss vor - Neunkirchen \(Mein Bezirk, 14.10.2025\)](#)

[Neunkirchen: Trotz Parteiausschluss kann Berlosnig als FPÖ auftreten - Neunkirchen \(Mein Bezirk, 11.10.2025\)](#)

[Blauland: „Leb wohl, FPÖ!“ - FALTER \(09.10.2025\)](#)

[Unruhe in der FPÖ Niederösterreich: Blaue Landespartei schließt sieben Gemeinderäte aus - Inland - derStandard.at › Inland \(08.10.2025\)](#)

[Ausschluss aus FPÖ - „Als Held gefeiert oder als Verräter gebrandmarkt“ | krone.at \(08.10.2025\)](#)

[Scheiblingkirchen-Thernberg: Gattin von FPÖ-Abgeordneten pfeift auf FPÖ - Neunkirchen \(Mein Bezirk, 07.10.2025\)](#)

[Neunkirchen: FPÖ schließt sieben Gemeinderäte aus Partei aus](#) (ORF NÖ, 07.10.2025)

[Riesen-Wirbel in Neunkirchen – FPÖ schießt Richtung ÖVP: "Finanzdebakel, Wählerverrat" | Heute.at](#) (06.10.2025)

[Neunkirchen: Marcus Berlosnig über seinen Ausschluss aus der FPÖ - Neunkirchen](#) (Mein Bezirk, 06.10.2025)

Quellen für diese Ausgabe der Impressionen:

- Notizen von #zHNÖ-Beobachter*innen
- Bericht der NÖ Landeskorespondenz „Landtag aktuell“
- Sitzungsbericht
- Videobeiträge der LT-Sitzung
- div. Medienberichte

Nachzuhören: Gesamtvideo der Landtagssitzung

[30. Landtagssitzung – 25.09.2025 \(XX. GP\) – NÖ Landtag](#)

Bzw. Videos zu jedem Redebeitrag

Nachzulesen:

[NÖ Landeskorespondenz „Landtag aktuell“](#)

**Übernächste Landtagssitzung:
Donnerstag, 20. November 2025, 13 Uhr**

Weitere Beobachter*innen sind herzlich willkommen. Bei Interesse bitte Mail an kontakt@zusammenhaltnoe.at